



15. April 2021

Bericht über die soziale Situation im Kanton Wallis

Das Departement für Gesundheit, Soziales und Kultur (DGSK) hat das Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS beauftragt, einen Bericht über die soziale Situation im Kanton Wallis zu verfassen. Dieser zeigt einen Überblick über die soziale Situation in Form statistischer Daten und zieht eine Bilanz der bestehenden Sozialpolitik. Eine grosse Anzahl staatlicher und parastaatlicher Partner haben bei der Studie mitgewirkt.

Der Bericht über die soziale Situation des Kantons Wallis stützt sich auf das Programm des Bundes zur Prävention und Bekämpfung von Armut und auf den Empfehlungen der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und -direktoren (SODK). Gemäss diesen Empfehlungen soll anhand von geeigneten Instrumenten die Situation in einem Kanton analysiert, eine Bilanz gezogen sowie ein Monitoring der sozialen Situation durchgeführt, und eine gesamtheitliche Sicht auf das Sozialsystem sichergestellt werden.

Eine multifaktorielle Armut

In diesem Zusammenhang wird Armut nicht als Mangel an Einkommen, sondern als Mangel an Fähigkeiten oder Möglichkeiten gesehen. Damit sind viele unterschiedliche Bereiche betroffen, die im Rahmen der Studie durch das Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS analysiert und erfasst wurden. Ziel der Sozialpolitik muss sein, die Handlungs- und Leistungsmöglichkeiten aller Menschen zu erweitern. Dieser Ansatz beinhaltet, dass im Hinblick auf eine nachhaltige Verbesserung der Armutssituation die Ursachen der materiellen Probleme bekannt sein müssen.

Wichtigste Erkenntnisse und Herausforderungen

- **Prekarität der Einelternhaushalte:** Das Wallis hat einen Anteil an Einelternhaushalten und eine Scheidungsrate, die dem nationalen Wert entspricht. Scheidungen finden aber im Wallis häufiger statt, wenn die Kinder noch minderjährig sind, was das Armutsrisiko erhöht. Einelternhaushalte haben im Durchschnitt das geringste verfügbare Einkommen und sind besonders stark von Armut bedroht. Ihre Quote der Inanspruchnahme von Sozialhilfe ist acht- bis zehnmal höher als bei der übrigen Bevölkerung. Die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, insbesondere in Unternehmen und durch die Gewährleistung des Zugangs zu ausserfamiliären Betreuungseinrichtungen, trägt dazu bei, das Risiko für Notlagen in Einelternhaushalten zu senken.
- **Alterung der Bevölkerung:** Das Wallis hat einen deutlich höheren Anteil an älteren Menschen als im Schweizer Durchschnitt. Die Alterung der Bevölkerung hat, insbesondere auf die Gesundheitsvorsorge, den Unterstützungsbedarf und die sozialen Infrastrukturen, Auswirkungen. Die Entwicklung des geeigneten Wohnraums und der stationären Versorgung, die Anpassung der gebauten Umgebung, der steigende Bedarf an



Unterstützung und Pflege zuhause sowie auch die Einbeziehung der pflegenden Angehörigen müssen berücksichtigt werden, um die Sozialpolitik schrittweise an diesen Strukturwandel anzupassen.

- **Zugang zur Berufsbildung:** Der Anteil der über 25-Jährigen ohne berufliche Grundbildung ist im Wallis höher als im Schweizer Durchschnitt (VS: 24 Prozent; CH: 17 Prozent). Da Personen ohne anerkannte Berufsausbildung ein höheres Risiko haben, sich in einer Armutssituation wiederzufinden, oder sogar auf Sozialhilfe angewiesen sind, erscheint die Erleichterung des Zugangs zur Ausbildung in der Bekämpfung der Armut entscheidend.
- **Zugang zu Wohnraum und Wohnverhältnisse:** Das Wallis hat im Vergleich zur übrigen Schweiz eine hohe Wohneigentumsquote. Die am stärksten armutsgefährdeten Haushalte, insbesondere Einelternhaushalte und Haushalte ausländischer Personen mit geringem Einkommen, sind im Wallis meist Mieter und können bei der Wohnungssuche auf Schwierigkeiten stossen, vor allem wegen der geforderten finanziellen Garantien. Weitere Analysen zur Wohnsituation und zum möglichen Bedarf an Wohnhilfen für armutsgefährdete oder schutzbedürftige Haushalte sind notwendig.
- **Nichtbezug von Sozialleistungen:** Der Nichtbezug von Sozialleistungen, d.h. die Tatsache, dass Leistungsberechtigte ihre Ansprüche nicht geltend machen, kann dazu führen, soziale Probleme zu verkomplizieren oder zu verschärfen. Schwierigkeiten, das Hilfesystem zu verstehen oder sich darin zurechtzufinden, die Angst vor Stigmatisierung oder auch die Furcht vor dem Verlust der Aufenthaltsbewilligung bei ausländischen Personen sind Faktoren für den Nichtbezug. Um dieses Phänomen, insbesondere im Bereich der Sozialhilfe, zu verhindern, ist es wichtig, es besser zu verstehen und dessen Ausmass zu analysieren.
- **Koordinierung der kantonalen Sozialpolitik:** Die Sozialpolitik umfasst zahlreiche Dimensionen und Handlungsfelder. Je nach Bedarf zu priorisieren und Massnahmen zu konzentrieren, ist entscheidend, um eine Wirkung zu erzielen. Es wurde festgestellt, dass die strategische Steuerung der Sozialpolitik koordiniert werden muss, insbesondere in Bezug auf die verschiedenen Dimensionen der Sozialpolitik (Ausbildung, Gesundheit, Beschäftigung, Wohnen, soziale Absicherung).

Es ist zu festzuhalten, dass der vorliegende Bericht auf der Basis von Daten vor der Pandemie-COVID-19, erstellt wurde.

Kontaktpersonen

Esther Waeber-Kalbermatten, Vorsteherin des Departements für Gesundheit, Soziales und Kultur, 079 248 07 80

Jérôme Favez, Chef der Dienststelle für Sozialwesen, 027 606 48 05

Tanja Guggenbühl, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Büro BASS, 031 380 60 80